

Vorlage Nr. I/263/2017
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 0

Wiederbesetzung der Stelle einer/eines Beschäftigten in der Registratur im Personalamt

A Problem

Die Stelleninhaberin der Stelle Nr. 2 0 023 (Entgeltgruppe 4, Fallgruppe 2 TVöD Entgeltordnung/VKA) wird mit Ablauf des 31.12.2017 altersbedingt aus dem städtischen Dienst ausscheiden. Auf dieser Vollzeitstelle werden die Aufgaben der Registratur des Personalamtes wahrgenommen.

Der Magistrat beschloss im Rahmen der Personalbewirtschaftung 2017 am 14.12.2016 (Vorlage Nr. I/334/2016), dass aus Altersgründen frei werdende Stellen vor einer Wiederbesetzung sechs Monate gesperrt bleiben und hiervon nur auf Einzelbeschluss über eine Ausnahme entschieden wird.

Die Registratur des Personalamtes umfasst über 3.500 Personalakten, ca. 1.200 Generalakten (Haupt- und Nebenakten) sowie Gehaltsakten, die ständig auf dem neuesten Stand zu halten sind. Im Personalamt sind über 50 Mitarbeiter/innen in der direkten Personalsachbearbeitung tätig, die täglich eine Vielzahl von Vorgängen bearbeiten, welche der Registratur zufließen und dort sorgfältig und zeitnah in den jeweiligen Personal-, General- und Gehaltsakten abzulegen sind.

Die ordnungsgemäße und insbesondere zeitnahe Vervollständigung der entsprechenden Akten ist für eine reibungslose und effiziente Sachbearbeitung des Personalamtes unerlässlich.

Das dargestellte Arbeitsaufkommen in der Registratur kann nicht über einen Zeitraum von sechs Monaten durch die verbleibende 0,5 Stelle aufgefangen werden.

B Lösung

Da die ordnungsgemäße und zeitnahe Vervollständigung der Personalakten, Gehaltsakten und Generalakten (Haupt- und Nebenakten) für die Arbeit des Personalamtes unerlässlich ist, beschließt der Magistrat eine Ausnahme von der sechsmonatigen Wiederbesetzungssperre.

C Alternativen

Die Wiederbesetzungssperre wird nicht aufgehoben. In diesem Falle kann eine ordnungsgemäße Aktenhaltung und damit eine ordnungsgemäße Sachbearbeitung im Personalamt nicht gewährleistet werden, was sich letztlich auf den gesamten Personalbestand des Magistrats auswirken würde.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Das für die Wiederbesetzung erforderliche Personalkostenbudget (jährliche Personalkosten = ca. 45.256 Euro) steht zur Verfügung.

Keine Genderrelevanz.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen sowie Auswirkungen auf ausländische Mitbürger/innen

bzw. Menschen mit Behinderungen ergeben sich nicht. Besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Nicht erforderlich.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine / Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird vorgenommen.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat beschließt die Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre für die Stelle Nr. 2 0 023 in der Registratur des Personalamtes.

Paul Bödeker
Bürgermeister